

Ja zu Deutschland – Ja zur Zukunft

Anlässlich der Vorstellung des Wahlkampfkonzeptes der CDU vor der Bonner Presse am 7. September im Konrad-Adenauer-Haus erklärte Generalsekretär Volker Rühle:

Mit dem 3. Oktober wird die Einheit vollzogen sein; Helmut Kohl ist dann gesamtdeutscher Kanzler. Die wahlentscheidende Frage für den 2. Dezember lautet: Welcher Partei traut der Wähler es zu, ganz Deutschland in eine gute Zukunft zu führen?

Für den bevorstehenden Wahlkampf gibt es keinen Vergleich. Die „normale“ Wahlkampfsituation einer Regierungspartei wäre es, daß im Vorfeld des Wahlkampfes alle großen Regierungsvorhaben abgeschlossen sind und diese der Bevölkerung dargestellt werden. In dieser Situation sind wir bei dieser Wahl nicht. Mit dem Beitritt der DDR wird der Bundeskanzler Verantwortung für ganz Deutschland übernehmen. Zu lösen ist nicht nur der wirtschaftliche, soziale und ökologische Aufbau in den neuen Bundesländern.

Auch die psychologische und kulturelle Erblast einer vierzigjährigen sozialistischen Herrschaft sind zu beseitigen, damit tragfähige Fundamente unserer gemeinsamen Zukunft entstehen können.

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

HEUTE AKTUELL

● Deutschland

Tag der deutschen Einheit. Musterrede zum 3. Oktober 1990. Seite 3

● SED/PDS

Zuviel alter Sand im Getriebe. Seite 7

● Tag der Heimat

Alfred Dregger: Es gilt jetzt, nach vorn, in die Zukunft zu blicken. Seite 13

● CDU Berlin

Vereinigungsparteitag: „Berlin — jetzt geht's ums Ganze. Seite 19

● Öffentlichkeitsarbeit

Neue Faltblätter und Sympathiewerbemittel für den Wahlkampf. Seite 22/23

● Dokumentation

Lafontaine — der falsche Mann zur falschen Zeit

SPD-Regierungsprogramm: Das falsche Konzept für Deutschland. Grüner Teil

● CDU extra

Wichtig für den Wahlkampf: Versicherungsschutz und GEMA. Blauer Teil

(Fortsetzung von der vorherigen Seite)

Bis zum Wahltag hat die Bundesregierung täglich Entscheidungen zu treffen, die für viele Menschen von tiefgreifender Bedeutung sind. Das hat entscheidende Auswirkungen auf die politische Landschaft, in der der Wahlkampf geführt wird und auf die die Wahlkampfführung reagieren muß. Die Bundesregierung bestimmt durch ihr Handeln stärker als sonst sowohl die politischen Themen als auch das Tempo der Entwicklung. Weniger die Summe der Erfolge der zurückliegenden Legislaturperiode als vielmehr die Fähigkeit der Bundesregierung, aktuelle Probleme zu lösen, bestimmt die Entscheidung des Wählers. Insofern ist dies ein Wahlkampf der Gestaltungskompetenz, aber auch ein Erklärungswahlkampf.

Die CDU muß im Wahlkampf nicht nur Entscheidungen der Regierung möglichst zeitgleich den Bürgern erklären und begründen. Vielmehr muß sie darüber hinaus tagespolitische Entscheidungen in ihrem politischen Gesamtzusammenhang darstellen und die Perspektiven ihrer Politik aufzeigen, die weit über die erste Legislaturperiode des gesamtdeutschen Parlaments hinausreichen.

Deshalb haben wir als Motto des Vereinigungsparteitages der CDU am 1./2. Oktober und des Landtagswahlkampfes in der DDR „Ja zu Deutschland — Ja zur Zukunft“ gewählt.

So wie 1949 in der ersten freien Wahl der Bundesrepublik Deutschland die Weichen der nachfolgenden Geschichte gestellt wurden, werden bei der Wahl am 2. Dezember die Weichen für die neunziger Jahre des geeinten Deutschlands gestellt. Der Beitritt am 3. Oktober und die Wahl am 2. Dezember sind zwei

Ereignisse, die in ihrer historischen Bedeutung zusammengehören. Sie sind zugleich Abschluß einer vierzigjährigen Trennung und Beginn einer neuen gemeinsamen Zukunft. Wann in der Geschichte der Völker hatte ein Land die Chance zu einem solchen Neubeginn? Wir können unsere Erfahrungen der jüngeren deutschen Geschichte, zu der Rassenhaß, Unfreiheit und Diktatur, aber auch vierzig Jahre stabile Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland gehören, für Frieden, Freiheit, Demokratie, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit in Europa und weltweit einbringen.

Die SPD wird wie 1982/83 und 1987 versuchen, einen Angstwahlkampf zu führen und die Probleme der Einheit zu dramatisieren. Dagegen setzt die CDU einen Wahlkampf der Zuversicht. Wir nehmen die Alltagsorgen der Bürger ernst, und wir werden auch deutlich machen, daß es bei dieser Entscheidung um Deutschland als Ganzes und um großartige Chancen für alle Deutschen geht.

Zwei Fragen stehen am 2. Dezember im Vordergrund:

1 Wem gelingt es am ehesten, die Erblast des Sozialismus möglichst umfassend, rasch und finanziell solide zu beseitigen, und zwar so, daß niemandem unerträgliche Lasten aufgebürdet werden? Wem gelingt es am ehesten, ein Deutschland aufzubauen, in der alle Deutschen sich Wohlstand und soziale Sicherheit erarbeiten können?

2 Wem gelingt es am ehesten, in einer Phase weltweiter Veränderungen das geeinte Deutschland außenpolitisch auf einem stabilen Kurs zu halten und die Voraussetzungen für eine gute Zukunft Deutschlands in einem geeinten Europa zu schaffen?

Tag der deutschen Einheit

– Musterrede zum 3. Oktober 1990 –

Heute ist ein Tag der Freude für alle Deutschen. Wir feiern den Tag der deutschen Einheit: Die Deutschen erfüllen heute den Auftrag des Grundgesetzes, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.

40 Jahre der Spaltung Deutschlands sind vorbei. Der 3. Oktober ist jetzt der Tag der deutschen Einheit. Der Weg zu Freiheit und Einheit war ein Leidensweg für viele Deutsche. Daran erinnerte bisher der Tag der deutschen Einheit: Am 17. Juni 1953 gingen die Menschen in der DDR gegen die Machthaber der SED auf die Straße. Ihr Aufstand für Freiheit und Menschenrechte wurde blutig unterdrückt; erst Panzer konnten das Volk stoppen. Der 17. Juni war ein Tag des Mahnens, der 3. Oktober wird nun ein Tag des Dankens sein.

Die CDU ist die Partei der Wiederverei-

nigung. Sie hat an der Einheit Deutschlands festgehalten, als die Sozialisten sich mit der Teilung längst abgefunden hatten oder sie sogar befürworteten. Die Zweistaatlichkeit Deutschlands haben wir stets abgelehnt: Wir Deutschen haben — wie alle anderen Nationen Europas auch — das Recht, in einem Staat zusammenzuleben.

Den Grundstein zur Wiedervereinigung in Freiheit hat Konrad Adenauer in den fünfziger Jahren gelegt. Wir ernten heute die Früchte seiner Politik. Er hat aus Deutschland einen zuverlässigen Partner des Westens gemacht. „Nur dann“, so schreibt Adenauer in seinen Erinnerungen, „würde der Westen bei einer Verständigung unsere Interessen zu seinen eigenen machen“.

Der Beitritt am 3. Oktober und die Wahl am 2. Dezember sind zwei Ereignisse, die in ihrer historischen Bedeutung zusam-

Kommentar

Das richtige Signal

Der Vorgang ist ohne historisches Beispiel: Nach über vier Jahrzehnten gewaltsamer Teilung finden die Deutschen aus West und Ost zur staatlichen Einheit zurück. Und mit dem Verschwinden der innerdeutschen Grenzen am 3. Oktober endet zugleich die Nachkriegszeit. Somit wird die erste gesamt-

deutsche Wahl am 2. Dezember nicht nur die freie Selbstbestimmung des ganzen deutschen Volkes dokumentieren, sondern auch den Beginn einer neuen Ära in Europa. Eine Ära, die große Hoffnungen weckt und deshalb Zuversicht braucht. Genau darauf zielt das Wahlkampfkonzept der CDU: Deutschland soll zu einem festen Baustein im neuen europäischen Haus werden. Mit ihrem „Wahlkampf der Zuversicht“ setzen die Christdemokraten das richtige Signal.

Rheinische Post

mengehören; sie sind zugleich Abschluß einer vierzigjährigen Trennung und Beginn einer neuen gemeinsamen Zukunft.

Wann in der Geschichte der Völker hatte ein Land die Chance zu einem solchen Neubeginn? Wir werden die Erfahrungen unserer Geschichte, zu der Rassenhaß, Unfreiheit und Diktatur, aber auch vierzig Jahre stabile Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland gehören, in eine neue Friedensordnung einbringen.

Uns allen sind die Bilder noch in Erinnerung, wie im vergangenen Sommer unsere Botschaften in Budapest und Prag überfüllt waren mit Menschen, die in die Freiheit wollten und dafür Opfer auf sich genommen haben. Ihr Einsatz hat sich gelohnt. Der Massenauszug aus der DDR war auch das Signal für diejenigen, die geblieben waren. Er war das Startzeichen für die friedliche Revolution.

Mit ihrem Mut und ihrer Besonnenheit haben unsere Landsleute gezeigt, wie sich gewalttätige Diktaturen überwinden lassen. Sie haben ein Kapitel deutscher Geschichte geschrieben, auf das wir alle stolz sein können. Die Menschen, die in Leipzig und überall in der DDR auf die Straße gingen und dem SED-Regime trotzten, riefen: „Wir sind das Volk“ und bald schon: „Wir sind ein Volk“. Die Werte der Freiheit und Gerechtigkeit und der Selbstbestimmung wurden von der Diktatur unterdrückt, aber nicht ausgelöscht — im Gegenteil, sie wurden lebendiger denn je. Im Namen der Freiheit wurde die Mauer in Berlin eingerissen. Zum ersten Mal flossen hier Tränen der Freude und nicht mehr Tränen der Trauer.

Wir freuen uns nicht nur über die Wiedervereinigung Deutschlands, sondern auch über die Wiederverei-

nigung der CDU. Gestern, am Vorabend des Tages der deutschen Einheit, haben wir auch die Einheit unserer Partei wiederhergestellt. Der Parteitag der Wiedervereinigung war ein Parteitag der Rückbesinnung auf unsere historischen Wurzeln.

Die CDU wurde 1945 aus dem Geist des Widerstandes gegen ein verbrecherisches totalitäres System gegründet. Im Juni 1945 bildeten sich unabhängig voneinander in ganz Deutschland die ersten Gründungszirkel der CDU. Aber nur im Westen konnten christliche Demokraten frei wirken und nach ihren Grundsätzen eine neue Partei aufbauen. In Berlin wurde der erste Vorsitzende, Andreas Hermes, bereits im Dezember 1945 abgesetzt; sein Nachfolger Jakob Kaiser erlitt das gleiche Schicksal im Dezember 1947.

Es ist tragisch, daß die CDU in der sowjetischen Besatzungszone sofort in den Griff einer neuen Diktatur geriet. Wer sich hier offen zu den Idealen und zur Politik der CDU bekannte, mußte mit der Verhaftung durch Ulbrichts SED rechnen. Einen politischen Neuanfang gab es nur im Westen Deutschlands. Auf Dauer läßt sich aber der Freiheitswille der Menschen nicht unterdrücken. Wir haben nie die feste Zuversicht verloren, daß sich die Freiheit gegenüber der Unfreiheit und das Selbstbestimmungsrecht gegenüber der Unterdrückung durchsetzt.

Die sozialistischen Machthaber konnten uns nicht täuschen. Der Sozialismus steht gegen den Freiheitswillen des Menschen. Wir haben alles getan, um unseren Landsleuten in der DDR die Folgen der Teilung erträglicher zu machen; den Unterschied zwischen Freiheit und Unterdrückung haben wir aber nie verwischt. Wir haben uns nie bei den SED-Machthabern angebiedert, sondern uns

an die Seite der Freiheit und an die Seite der Menschen im anderen Teil Deutschlands gestellt.

Die Wiedervereinigung der CDU in Deutschland fordert uns zu einer Rückbesinnung auf die Grundlagen unserer Politik heraus. Die Gründer der Union wollten eine Volkspartei neuen Charakters schaffen, die nicht mehr die Interessen nur einer bestimmten Schicht oder Klasse vertrat, sondern Politik für das ganze Volk machen konnte.

Die politischen Entscheidungen und historischen Weichenstellungen der CDU — für die Soziale Marktwirtschaft, für das Bündnis der westlichen Demokratien und für die Europäische Gemeinschaft — entsprangen nicht tagespolitischem Pragmatismus oder machtpolitischem Realismus, es waren vielmehr Wertentscheidungen, die sich an unserem christlichen Menschenbild orientierten.

Die Entscheidung für die Soziale Marktwirtschaft war nie nur eine Entscheidung für ein Wirtschaftsmodell, sondern vor allem auch eine Entscheidung für ein Gesellschaftsmodell, das den mündigen und selbstbestimmten Menschen in den Mittelpunkt stellte, der seine Fähigkeiten frei entfalten soll und der auf die Hilfe und Unterstützung einer solidarischen Gemeinschaft rechnen kann, wenn seine eigenen Kräfte nicht ausreichen.

Die Entscheidung für das Bündnis der westlichen Demokratien war eine Entscheidung für Demokratie und Menschenrechte. Sie hat den westlichen Ländern Frieden und Freiheit erhalten und den Menschen ein nie gekanntes Maß an freier Entfaltung und Rechtsstaatlichkeit bewahrt.

Christliche Demokraten haben die Europäische Gemeinschaft aufgebaut und damit ein weltweit einma-

liges Modell einer Friedensgemeinschaft der Aussöhnung und der guten Nachbarschaft zwischen den Völkern geschaffen.

Die Zukunft verspielt, wer nicht über den Tellerrand tagespolitischer Entscheidungen hinaussieht. Und die Zukunft verspielt, wer in der deutschen Einheit nur eine Sache von Mark und Pfennig sieht. Wenn wir in die Einheit investieren, investieren wir auch in Frieden und Freiheit. Und wer wollte den Wert von Frieden und Freiheit in Mark und Pfennig beziffern?

● Die deutsche Einheit ist das beste Friedens- und Abrüstungsprogramm. Weniger Kosten für unsere Verteidigung und weniger Belastung durch Übungen und Manöver — dies wird für jeden von uns bald spürbar werden.

● Die deutsche Einheit ist das beste Programm für mehr Wohlstand und mehr Arbeitsplätze. In einem geeinten Deutschland wird es — so das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit — bis zum Jahr 2000 rund 2,5 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze geben.

● Die deutsche Einheit ist ein Programm für grenzüberschreitenden Umweltschutz. Sie kommt allen Deutschen zugute, denn Luft und Wasser haben noch nie innerdeutsche Grenzen gekannt.

● Die deutsche Einheit ist ein Programm für die europäische Einheit. Wir haben die historische Chance, die Vision Konrad Adenauers von einem freien und geeinten Deutschland in einem freien und geeinten Europa zu verwirklichen. Deutsche Einheit und europäische Einigung gehören zusammen. Wir wollen beides verwirklichen, denn Deutschland ist unser Vaterland, Europa unsere Zukunft.

● Die deutsche Einheit ist eine Chance für die Dritte Welt, denn die Überwin-

Junge Union:

1000 Feten für Deutschland

„Jetzt soll es rundgehen!“ kündigt der Vorsitzende der Jungen Union, Hermann Gröhe, an. „Tausend Feten feiern“ und „ein Faß aufmachen“ — dazu ruft er alle Jugendlichen am 3. Oktober auf.

Ob in Jugendeinrichtungen oder Jugendkneipen, ob mit Treffen zur Einheits-TV-Show oder irgendwelchen anderen Aktivitäten — überall und auf jede Weise soll deutlich werden, daß „wir uns auf Deutschland freuen“.

Einen Erfolg für unser ganzes Volk, nennt Gröhe den 3. Oktober, aber insbesondere einen „Erfolg zweier Christdemokraten: Helmut Kohl und Lothar de Maizière“.

Allen Miesmachern zum Trotz habe sich die Junge Union mit ihrer Politik immer für die Einheit Deutschlands eingesetzt. Mit den Nörglern, Neidern und Angsthasen wolle man bis zum 2. und ab dem 4. Oktober diskutieren, so Gröhe. In der Nacht zum 3. Oktober und an diesem Tag aber solle gelten: Jetzt wird gefeiert! ■

dung des Ost-West-Konfliktes setzt zusätzliche Mittel frei für globalen Umweltschutz und die weltweite Bekämpfung von Hunger, Krankheit und Elend.

Helmut Kohl ist jetzt der Kanzler des vereinten Deutschlands. Er wird die Weichen stellen, damit aus ganz Deutschland ein wirtschaftlich blühendes und soziales Land wird.

Wir Deutschen haben große Chancen; jetzt kommt es darauf an, sie zu nutzen. Der Weg in die Zukunft wird nicht einfach sein. Nicht alles, was wünschenswert ist, wird sofort zu verwirklichen sein. Aber wir werden Erfolg haben, wenn wir solidarisch zusammenstehen.

Ohne Solidarität können die großen Aufgaben, vor denen Deutschland steht, nicht gelöst werden. Wer — wenn nicht die CDU — soll es eigentlich schaffen? Immer wenn es darauf ankam, waren es Christdemokraten, die schwierige Aufgaben gelöst haben. ■

Untersuchung zur „Struktur des Handwerks in der DDR“

Während in der Bundesrepublik fast 15 Prozent aller Erwerbstätigen im Handwerk arbeiten, sind es in der DDR nur ca. 5 Prozent.

Dies ist das Ergebnis einer Untersuchung über das Handwerk in der DDR, die das Seminar für Handwerkswesen an der Universität Göttingen durchgeführt hat.

Von den insgesamt 84.953 Handwerksbetrieben, die es 1988 in der DDR gab, gehörten 82.234, d. h. 96,8 Prozent zum privaten Handwerk. Die Anzahl der Beschäftigten betrug 45.082 Personen; 14.000 davon waren Lehrlinge.

Von je 1.000 Einwohnern sind in der DDR 25,9 Personen im Handwerk beschäftigt, in der Bundesrepublik 59,4.

In Handwerk und Mittelstand — so das Fazit der Untersuchung — wird das Unternehmerpotential in der DDR am ehesten zur Eigenständigkeit mobilisiert werden können. ■

Zuviel alter Sand im Getriebe

40 Jahre lang hat die SED die Menschen im anderen Teil unseres Vaterlandes drangsaliert und brutal unterdrückt. Jetzt, nach der friedlichen Revolution unserer Landsleute, kommen der Chef der SED-Nachfolgepartei PDS, Gysi, und seine alten Seilschaften daher und verbreiten Angst und sozialen Unfrieden: Wegen der unausweichlichen Anpassungsschwierigkeiten beim Übergang von der sozialistischen Kommandowirtschaft zur Sozialen Marktwirtschaft sollen die CDU und ihr Ministerpräsident de Maizière auf die Anklagebank gesetzt werden.

dpa berichtete am 10. August 1990, die katastrophale Lage der Wirtschaft sei der damaligen SED-Führung schon vor 13 Jahren bekannt gewesen. Auf einer Krisensitzung 1977 habe der Chef der staatlichen Plankommission gewarnt, die Ausarbeitung des Plans für 1978 bereite unlösbare Probleme. Das gehe aus Protokollnotizen des früheren FDGB-Vorsitzenden Harry Tisch hervor, aus denen die „tageszeitung“ zitiert hat. Angesichts der schwierigen Devisenbilanz und außenpolitischen Belastungen sei der Staatsratsvorsitzende Erich Honecker zu dem Schluß gekommen: „Die Katastrophe ist schon für Mitte nächsten Jahres vorprogrammiert.“ (dpa, 10. August 1990)

Wer wie die PDS versucht, die derzeit schwierige Wirtschaftslage in der DDR parteipolitisch auszunutzen, der muß sich fragen lassen: Wie sähe es heute in der DDR aus, würden die Staatsbetriebe blühen? Würden die Menschen dort bleiben, wenn sie noch ihre alte Ost-Mark hätten? Als „soziales Gewissen“ ist die PDS am wenigsten geeignet. Denn ehemalige

hohe SED-Funktionäre, die die Menschen in der DDR 40 Jahre lang schikaniert, eingesperrt und sich auf deren Kosten ein angenehmes Leben gemacht haben, wirtschaften nach wie vor in die eigene Tasche. Alte Genossen werfen Sand in das Getriebe und stecken Knüppel in das Räderwerk der angeschlagenen Wirtschaft.

Die folgenden Beispiele beleuchten einige derartige Machenschaften, die von der ganz überwiegenden Bevölkerungsmehrheit als schmutzige Geschäfte empfunden werden.

Alte SED-Funktionäre verschafften sich einträgliche Posten in der Verwaltung

Viele leitende Kommunalpolitiker aus den Reihen der SED/PDS, die am 6. Mai nicht den Hauch einer Chance zur Wiederwahl hatten, sicherten sich noch rechtzeitig einträgliche Posten in der Verwaltung. So berichtete zum Beispiel die Bild-Zeitung Ende April dieses Jahres:

- In Lübben (Kreis Hagenow) hätten SPD, CDU, Neues Forum und Liberale darüber gestaunt, daß sich Bürgermeister Manfred Rotter und drei hauptberufliche Stadträte nicht zur Wahl stellten. Der Grund: PDS-Mann Rotter hätte seine drei Genossen mit Arbeitsverträgen für die Stadtverwaltung versehen und sich selbst zum Leiter des neuen Dezernats Umweltschutz/Wasserwirtschaft gemacht.
- In Schwerin sei am Schwarzen Brett des Stadt- und des Bezirksrates bekanntgegeben worden, welche Mitglieder nach

der Wahl welche Verwaltungsstellen erhalten sollten. Dazu die Schweriner SPD: „Es ist bedrückend, daß unser Wohl wieder in den Händen von SED/PDS-Gefolgsleuten liegt, die sich um den Niedergang unserer Stadt verdient gemacht haben.“

● Jochen Spörer, der „lange Arm“ des ehemaligen allgewaltigen Wirtschaftslenkers Mittag im Kombinat Automatisierungsanlagenbau, sei ökonomischer Direktor des Kombinats „Narva“ (Glühlampen) geworden.

● In Seelow seien zwei Stasi-Leute Direktor und Produktionschef einer Großbäckerei, ein Arzt des Stasi-Wachregimentes Direktor des Kreiskrankenhauses geworden. (Bild, 30. April 1990)

Die PDS sichert ihre Vermögenswerte

Die PDS hat bislang eifrig versucht, mit vielen Tricks einen Großteil des alten SED-Parteivermögens zu retten. PDS-Finanzexperten wollen vom beträchtlichen Immobilienvermögen der alten SED möglichst viel für die Nachfolgepartei sichern. So wußte der „Spiegel“ am 20. August 1990 zu berichten, daß mit altem SED-Vermögen gegründete GmbHs und andere Gesellschaften zwischen Kap Arkona und Fichtelberg wie Pilze aus dem Boden schössen. 366 Millionen Mark habe PDS-Schatzmeister Pohl für Gründung und Geschäftsführung privater Gesellschaften von den PDS-Konten abgehoben und damit umgeschichtet. Bereits am 14. Juni 1990 hatte die „Welt“ in diesem Zusammenhang geschrieben: „Für 280 Millionen DDR-Mark hat die PDS in den vergangenen Wochen zwischen 20 und 30 GmbHs gegründet. Altgediente, nunmehr arbeitslose SED-Mitglieder werden hier untergebracht.“

Immobilienreicher von Gewerkschaften

Der Spiegel berichtete Ende August 1990 über die Versuche von DDR-Gewerkschaften, sich gesetzeswidrig das Vermögen ihres ehemaligen Dachverbandes FDGB einverzuleiben. Nach § 20 a und b Parteiengesetz der DDR dürfen die ehemaligen Blockparteien und Massenorganisationen wie der FDGB über ihr Eigentum nur mit Zustimmung einer besonderen Kommission verfügen. Doch die Vorsitzenden von 18 DDR-Einzelgewerkschaften hätten beschlossen, die FDGB-Immobilien untereinander aufzuteilen. So solle die IG Metall die FDGB-Zentrale am Märkischen Ufer in Berlin bekommen. Auch in der Provinz wollten sich die Gewerkschaften die besten FDGB-Immobilien sichern. Auf dem Auflösungskongreß des FDGB am 14. September solle der geplante Beutezug abgesegnet werden. (Spiegel, 27. August 1990)

„HO“ und „Konsum“: Mißbrauch von Marktstellung

Was sich bei der Versorgung der Bevölkerung und bei der Preisgestaltung seit der Einführung der D-Mark Anfang Juli 1990 in der DDR abgespielt hat, wird von vielen als Skandal empfunden. Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) gelingt es nur sehr schwer, ihre Erzeugnisse an den Verbraucher zu bringen. Kühlhäuser sind mit Fleischvorräten überfüllt, erntereife Produkte werden untergepflügt, weil der Weg zum Verbraucher zu mühsam erscheint.

Angesichts der auffälligen Häufung derartiger Zustände mag man nur schwer an

Zufall oder vorübergehende Startschwierigkeiten glauben. Es drängt sich vielmehr der Verdacht auf, daß gerade die ehemaligen Vorzeige-Organisationen der SED-Wirtschaft die Einführung marktwirtschaftlicher Strukturen unterlaufen wollen.

Solange sowohl im Großhandel als auch in den staatlichen Einzelhandelsketten „HO“ und „Konsum“ jene Leute am Drücker bleiben, die unter der SED Karriere gemacht haben und sich meist durch fachliche Inkompetenz auszeichnen, kann ein marktwirtschaftliches System nicht funktionieren. Dort, wo die Marktwirtschaft wirklich funktioniert, bestrafen überhöhte Preise sich selbst. Die Ware bleibt liegen, weil die Konkurrenz billiger ist.

Die Preise waren auch nach der Währungsreform 1948 zunächst ein Problem. Es waren die kleinen, wagemutigen, die einfallreichen Firmengründer, die damals gegensteuerten. Sie gilt es auch jetzt noch stärker zu ermuntern.

Kathedervasallen der SED

Viele Professoren haben sich nur in Worten gewendet und arbeiten nun an der Zementierung der alten hochschulinternen Machtstrukturen. Die Ablösung der „Sozialistischen Volkswirtschaft“ durch die Soziale Marktwirtschaft bleibt so lange Etikettenschwindel, wie diejenigen die Katheder besetzt halten, die aus Überzeugung, Karrierestreben und Privilegienhunger über Jahre parteiliche Wissenschaft und Lehre betrieben haben.

Aber nicht nur an den Hochschulen gibt es Versuche, alte Strukturen und Denkweisen zu zementieren. So berichtete die FAZ im August, daß selbst ABC-Schützen noch im September 1990 „Mit Thäl-

mann ins neue Schuljahr“ gehen müßten. Vielen Eltern habe beim Durchblättern der brandneuen Bücher des Verlages „Volk und Wissen“ der Atem gestockt. Die FAZ berichtet dazu detaillierter weiter: „Im Lesebuch für die zweite Klasse lernen im Schuljahr 1990/91 die jüngsten Bundesbürger zwischen Elbe und Oder wieder zwei Heiligenlegenden: Eine handelt von Lenin, wie er unerkannt mit einem Jünger spricht, als wäre es die biblische Szene von Emmaus; die nächste, des Protokolls wegen nur ein Drittel des Umfangs, ist die Geschichte vom kleinen Ernst Thälmann, der immer ein paar Schnitten Brot mehr in die Schule mit-

Wie SED und PDS ihr Überleben sichern

nahm, obwohl Vater und Mutter so bitter arm waren wie die von Hänsel und Gretel. Warum wohl? Zur Rede gestellt, antwortet Ernst: Weißt du, Vater, viele Schulkameraden bringen nur trockenes Brot mit in die Schule. Manche haben gar nichts zu essen und sind immer hungrig. Diesen Jungen gebe ich die Schnitten.

Wenn der Zweitkläbler das alles in eigenen Worten nacherzählen kann und sich auch sonst erfolgreich durch das Buch hindurcharbeitet, wird er schließlich auch der Aufgabe gerecht werden können: Beschreibe die Fahne unserer Republik! Erkläre, was die Zeichen des Staatswappens bedeuten! Zu welchen Anlässen schmücken wir unsere Wohnhäuser, Betriebe und Schulen mit der Fahne unserer Republik? Und weiter geht es mit den Soldaten unserer Nationalen Volksarmee: Erzähle, was du über die Freundschaft unserer Armee mit den Armeen unserer sozialistischen Bruderländer weißt!...

In der vierten Klasse wird der Unterricht — sofern er dem neuesten Schulbuch folgt — am nächsten Montag froh mit dem Lied der Thälmann-Pioniere beginnen: Wir tragen die Fahnen der Republik, wir grüßen mit Stolz unseren Wilhelm Pieck, wir grüßen die Kinder der neuen Zeit, Pioniere sind immer bereit. Zur Belohnung für den Gesang folgt sogleich die Geschichte von Artek, dem größten sowjetischen Pionier-Ferienlager aller Zeiten. Ein Brief der Kampf- und Lebensgefährtin Lenins an die jungen Pioniere schließt sich an: Lernt, schaut euch im Leben um und erkennt, wer ein Freund der Sowjetmacht und wer ihr Feind ist.

Die nächste Abteilung ist überschrieben „Auf den Spuren revolutionärer Kämpfer“ und reicht von den Seiten 31 — 65. Da wird ein großer Kreis durch die deutsche Geschichte gezogen — von einem Sonntagmorgen bei Karl Marx in London bis zu Wilhelm Piecks Befreiung aus dem Gefängnis 1919. Denn Wilhelm Pieck ist gar oft von den Feinden der Arbeiterklasse verfolgt worden, weil er — die älteren DDR-Bürger werden sich erinnern — sein ganzes Leben lang für den Frieden und ein glückliches Leben aller friedliebenden Menschen gekämpft hat.“ (FAZ, 27. August 1990)

„Vorsicht, Bonzen“

In vielen gesellschaftlichen Bereichen blockieren alte Seilschaften den Aufbau neuer Strukturen. Mit einem Kommentar unter der Überschrift „Vorsicht, Bonzen“ brachte die „Welt“ die Sachlage auf den Punkt:

„Vor wenigen Monaten noch voller Angst, daß der Bannstrahl der Justiz sie samt Stasi-Vergangenheit treffen, eine

preußisch-ehrliche Verwaltung sie mit eisernem Besen auskehren könnte, wühlen die Bonzen wieder ungeniert im Untergrund.

Sie werfen Sand in das Getriebe, sie stekken Knüppel in das Räderwerk der angeschlagenen DDR-Wirtschaft. Liegt diesen Schergen, diesen Begünstigten, diesen Altfunktionären doch nichts mehr am Herzen, als die Soziale Marktwirtschaft des Erzfeindes Bundesrepublik zu diskreditieren. Verschanzt in ihren Ämtern — ob Berliner Treuhand oder Ministerien, ob Betrieben oder kommunaler Verwaltung — verschleppen sie Anträge, blockieren sie Registereinträge, schikanieren sie, wo es nur geht.

Und während diese rote Garde sich durch angenommene Bestechungsgelder bereichert, zeigen die hehren PDS-Genossen Gysi und Co. mit Fingern auf das — selbst angezettelte — Chaos: Da seht mal, was Marktwirtschaft uns in der DDR beschert. Ein schmutziges Geschäft. Höchste Zeit, den Handlangern Honeckers das Handwerk zu legen.“ (Die Welt, 13. August 1990)

„Warum bin ich Esel damals nicht Genosse geworden?“

Unter dieser Überschrift druckte „Bild“ am 27. August 1990 den bitteren Brief aus Magdeburg ab, der die Gefühlslage zahlreicher Landsleute in der DDR trifft:

„Warum bin ich Esel damals nicht Genosse geworden? Dann nämlich könnte ich heute in der PDS sein, die angehäuft Reichtümer mitverwalten und brauchte keine Angst vor der Arbeitslosigkeit zu haben, weil meine Chefs als ehemalige Genossen ihre einstigen Mitgenossen weder in die Kurzarbeit schicken noch entlassen.“

38. Bundesparteitag

1. Parteitag der CDU Deutschlands

Die CDU führt vom 1. bis 2. Oktober 1990 ihren 38. Bundesparteitag und den 1. Parteitag der CDU Deutschlands im Congreß-Centrum in Hamburg durch. Im Mittelpunkt dieses Parteitages steht die Vereinigung der Christlich Demokratischen Union in Deutschland.

Dieser Parteitag bedeutet das Ende einer langjährigen Trennung und ist der Beginn einer gemeinsamen Zukunft der CDU in einem geeinten Deutschland.

Am 1. Tag werden die für die Durchführung des Vereinigungsparteitages erforderlichen Anträge zur Änderung des Parteistatuts beraten und zur Abstimmung gebracht.

Mit der Begrüßung durch den Parteivorsitzenden und den Erklärungen der CDU-Landesverbände Brandenburg, Mecklenburg und Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin (Ost) beginnt am selben Tag der 1. Parteitag der CDU Deutschlands.

Nach den Reden des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, und des Vorsitzenden der CDU in der DDR, Ministerpräsident Lothar de Maizière, wird der Bundesvorstand neu gewählt.

Der wichtigste Tagesordnungspunkt vor dem Schlußwort des Parteivorsitzenden am 2. Oktober ist die Beratung eines Wahlmanifests der CDU Deutschlands und die Beschlußfassung darüber.

Warum bin ich Blödmann kein Stasi-Spitzel gewesen? Dann brauchte ich keine Angst mehr um meine Zukunft zu haben. Ich hätte vielmehr mit 40.000 Mark Abfindung beruhigt in meinen alten Betrieb zurückgehen können, der mir meine Stasi-Zeit voll als Betriebszugehörigkeit hätte anrechnen müssen. Der Personalchef, auch ein ehemaliger Mitarbeiter der Firma, hätte mich zusätzlich unter Kündigungsschutz auf Lebenszeit gestellt.

Warum bin ich Pfeife damals nur nicht darauf eingegangen, als mir eine Arbeit im Staatsapparat angeboten wurde? Dann nämlich hätte ich längst die alten Kontakte wiederaufleben lassen, ein Superhaus zum Billigpreis erwerben, einen leitenden Posten in der Volksfür-

sorge-Versicherung ergattern und das dumme Volk weiter übers Ohr hauen können.

Ach, hätte ich doch damals nur den Kanzler Kohl und nicht den Honni beschimpft, skrupellos meine Kollegen und Hausbewohner bespitzelt, korrupte Geschäfte mit Genossen gemacht, Hurra Honecker gebrüllt, dem Parteisekretär und dem Werkdirektor die Stiefel geleckt und mich selbst belogen. Dann nämlich würden mich heute die alten Genossen mit Wohlwollen behandeln.

So aber bin und bleibe ich die arme Sau, gestern in der Diktatur des Sozialismus, heute in der demokratischen Marktwirtschaft.

ANONYM

Poststempel Magdeburg 21. 8. 90

Zum Schutz des ungeborenen Lebens im künftigen vereinigten Deutschland

Die in der DDR zur Zeit geltende Fristenregelung, die von der CDU/CSU mit Entschiedenheit abgelehnt wird, während SPD, FDP und Grüne ihr prinzipiell zustimmen, tritt außer Kraft, sobald entweder der gesamtdeutsche Gesetzgeber eine Neuregelung getroffen oder das Bundesverfassungsgericht die Fristenregelung der DDR als verfassungswidrig aufgehoben hat.

Das Bundesverfassungsgericht ist dazu in der Lage, sobald die in dem Einigungs-

**Von Alfred Dregger,
Vorsitzender der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion**

vertrag vereinbarte Übergangsregelung mit dem 31. Dezember 1992 außer Kraft tritt.

Der gesamtdeutsche Gesetzgeber ist auf Betreiben der CDU/CSU hin im Einigungsvertrag verpflichtet worden, bis zu diesem Zeitpunkt ein neues Gesetz zu verabschieden. Wir halten dieses auch deshalb für notwendig, weil auch die jetzt in Westdeutschland geltende Indikationenregelung den von ihr erwarteten Schutz des ungeborenen Lebens nicht gewährleistet hat.

Das zuvor geschilderte Ergebnis der Verhandlungen nicht nur mit der DDR, sondern auch zwischen den Fraktionen des Deutschen Bundestages ist ein Kompromiß. Bei den gegebenen Mehrheitsverhältnissen ist er ein Erfolg der CDU/CSU, ohne deren Einsatz die jetzt in der

DDR geltende Fristenregelung auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland ausgedehnt worden wäre.

Ein Erfolg der Union ist es ferner, daß mit Hilfe des Bundes ein flächendeckendes Beratungssystem in dem Gebiet der bisherigen DDR eingerichtet wird.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird — gegebenenfalls mit Hilfe des Bundesverfassungsgerichts — alles versuchen, was möglich ist, um eine Regelung für Deutschland durchzusetzen, die besser ist als die jetzt geltende Regelung der beiden Teilstaaten in Deutschland.

Das setzt allerdings einen Bewußtseinswandel voraus, der nicht von der Politik allein geleistet werden kann, zu der vielmehr alle gesellschaftlichen Kräfte beitragen müssen. Dabei ist es wichtig, daß die Lebensschutzpartei CDU/CSU unterstützt und nicht zum Gegenstand einer völlig einseitigen und ungerechten Kritik gemacht wird. ■

700 Milliarden für Soziales

Die im Sozialbudget zusammengefaßten direkten und indirekten Sozialleistungen steigen im laufenden Jahr auf über 700 Milliarden Mark an und erreichen damit den bisher höchsten Stand. Das geht aus dem von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm vorgelegten Sozialbudget und Sozialbericht 1990 hervor. Gegenüber 1982 haben die Sozialleistungen damit um 28,6 Prozent zugenommen — pro Kopf von 8.524 Mark auf 11.270 Mark.

Alfred Dregger: Es gilt jetzt, nach vorn, in die Zukunft zu blicken

Es muß für die Deutschen, die jenseits von Oder und Neiße leben — oder künftig dort leben wollen, wieder eine gesicherte Zukunft geben. Die deutschen Heimatvertriebenen haben jedenfalls das Recht, von den Repräsentanten der deutschen Politik zu verlangen, daß über das Thema „deutsch-polnische Grenze“ mit großem Ernst und mit hohem Verantwortungsbeußtsein verhandelt wird.

Denn durch einen — von mir skizzierten — umfassenden Partnerschaftsvertrag mit Polen könnte am nachhaltigsten dem falschen Eindruck entgegengewirkt werden, als würden die Deutschen durch die Grenzneuregelung mit Polen die Vertreibung anerkennen.

Das aber kann und darf niemand von uns Deutschen erwarten, geschweige denn fordern.

Das würde die Beziehungen zwischen Deutschen und Polen auf unabsehbare Zeit, wahrscheinlich für immer, vergiften. 14 Millionen Deutsche wurden 1945 gezwungen, ihre angestammte Heimat zu verlassen. 2,3 Millionen Deutsche sind noch nach Ende der Kriegshandlungen dabei zu Tode gekommen.

Das ist ein ungeheuerlicher Vorgang — eines der größten Verbrechen der Menschheitsgeschichte. In der Geschichte Europas gibt es dafür kein Beispiel.

Daß die Verbrechen Hitler-Deutschlands gleichfalls ohne Beispiel sind — und davon neben dem jüdischen Volk und den Völkern der Sowjetunion vor allem das polnische Volk getroffen wurde —, dessen sind wir Deutsche uns bewußt. Das haben wir — seitdem wir es wissen

— nie geleugnet, und das werden wir auch in Zukunft nicht leugnen.

Aber eine **Aufrechnung** kann und darf es nicht geben. Verbrechen sind Verbrechen — gleichgültig, von wem oder an wem sie verübt werden.

Auch vorausgegangene Verbrechen können nachfolgende nicht rechtfertigen. Die Gleichheit vor dem Recht ist das oberste abendländische Rechtsprinzip. Deshalb dürfen wir keine Tabus auf diesem Felde

Aus der Rede des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, auf dem „41. Tag der Heimat“ des Bundes der Vertriebenen (BdV) am 9. September in Berlin

zulassen. Unrecht darf niemals durch Verschweigen oder Vergessen legitimiert werden.

Nur auf dem Boden der **geschichtlichen Wahrheit** kann Aussöhnung wachsen und dauerhafter Friede gestiftet werden. Man kann Menschen vertreiben, aber man kann die Geschichte nicht vertreiben.

Geschichtliche Wahrheit ist, daß Schlesien, Pommern, Ost- und Westpreußen über acht Jahrhunderte hinweg die Heimat deutscher Menschen gewesen sind. Das sind keine Gebiete, die von Hitler erobert wurden.

Wenn Polen und Deutsche sich von der Erkenntnis leiten lassen, daß die Erinnerung an erlittenes Unrecht und gemeinsa-

mes Leid nicht verdrängt werden darf, sondern überwunden werden muß, dann ist der Boden für gute Nachbarschaft zwischen beiden Völkern bereitet.

Entscheidend ist, daß die **Identität** der Schlesier, der Pommern, der Ost- und Westpreußen, der Sudetendeutschen und ihr Recht auf Heimat anerkannt werden.

Worte können verletzen. Aber Worte können auch heilen. Václav Havel, der Präsident der Tschechen und Slowaken, hat vor einigen Monaten solche heilenden Worte gefunden.

Václav Havel sagte, die Vertreibung der Sudetendeutschen sei eine „**zutiefst unmoralische Tat**“ gewesen, weil sie Menschen „nicht aufgrund einer nachgewiesenen individuellen Schuld, sondern einfach als Angehörige eines bestimmten Volkes“ getroffen habe. Der Präsident unserer tschechischen und slowakischen Nachbarn fügte hinzu: „Wir müssen endlich begreifen, daß uns nicht das deutsche Volk gequält hat, sondern konkrete menschliche Personen.“

Václav Havel sagte weiter: „Wir sind uns darin einig, daß die Grundvoraussetzung für die wirkliche Freundschaft unserer Völker die **Wahrheit** ist. Wie hart auch immer, soll sie doch gesagt werden.“

Und Kardinal Tomasek, der Oberhirte der Katholischen Kirche in der Tschechoslowakei, sprach im Blick auf die Vertreibung der Sudetendeutschen von einem „Schandfleck auf unserer nationalen Ehre“, der sich nicht durch Verschweigen tilgen lasse.

Seit diesen offenen Worten von tschechischer Seite ist das Verhältnis zwischen Tschechen, Slowaken und Deutschen grundlegend verändert.

Ich würde eine Geste der Versöhnung seitens der polnischen Führung, die über das hinausgeht, was wir bisher gehört haben, begrüßen.

Es wäre gut für die deutsch-polnischen Beziehungen, wenn auch von polnischer Seite öffentlich erklärt würde, daß die Vertreibung der Ost- und Westpreußen, der Danziger, der Pommern und der Schlesier weder historisch noch völkerrechtlich, geschweige denn ethisch gerechtfertigt war.

Es gilt jetzt, nach vorn zu blicken, in die Zukunft. Partnerschaft zwischen Polen und Deutschland liegt nicht nur im Interesse der Deutschen und der Polen, sondern im Interesse ganz Europas. Ohne deutsch-polnische Partnerschaft kann das europäische Versöhnungswerk, das wir alle wollen, nicht vollendet werden.

Der polnische Außenminister hat kürzlich gesagt, die aus ihrer Heimat vertriebenen Deutschen hätten „schweres Unrecht erlitten und Tragisches durchgemacht“. Er führt die Vertreibung allerdings auf die von den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges getroffenen „Vereinbarungen“ zurück. Die polnische Verantwortung bleibt unerwähnt.

Ich will das hier nicht kommentieren. Wohl aber nehme ich die Worte des polnischen Außenministers zum Anlaß, die Regierung in Warschau aufzufordern, endlich auf die deutschen Heimatvertriebenen zuzugehen; den offenen, ehrlichen Dialog mit ihnen zu suchen; in ihnen nicht Gegner zu sehen, sondern Leidensgefährten, die in manchem das Schicksal des polnischen Volkes zu teilen hatten.

Das kulturelle und historische Erbe der Deutschen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa ist ein kostbares Gut, das wir hegen wollen. Der Schutz von Denkmälern, der Wiederaufbau zerstörter oder von Zerstörung bedrohter Kirchen: Dies alles sind Aufgaben, die Deutsche und Polen, Deutsche, Tschechen und Slowaken, auch Deutsche und Russen zusammenführen können.

Erfolgreiche Politik der Regierung Helmut Kohl für die Kommunen

Dank der soliden Politik der Regierung Helmut Kohl konnte die Situation der Städte und Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland seit 1982 von Jahr zu Jahr verbessert werden. Die Kommunen stehen heute so gut da wie nie zuvor:

1 Die Bundesregierung hat die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessert und damit die Wirtschaft wieder in Schwung gebracht. Folge für die Kommunen: Ihre Steuereinnahmen sind deutlich angestiegen, und zwar von 47,0 Mrd. DM im Jahre 1982 auf 68,3 Mrd. DM im Jahre 1989. Dieser positive Trend wird sich auch im Jahre 1990 fortsetzen (geschätztes Steueraufkommen = 70,1 Mrd. DM).

2 Die Bundesregierung hat den finanziellen Spielraum der Länder und Gemeinden durch die Verbesserung der Finanzausstattung der Länder erweitert. Der Bund verzichtete ab 1982 auf die Zahlung der sog. Kindergeldmilliarde durch die Länder. Der Anteil der Länder am Umsatzsteueraufkommen wurde mehrmals erhöht; im Jahre 1982 betrug der Länderanteil 32,5 v. H., ab 1986 erhalten die Länder einen Anteil von 35 v. H. vom Umsatzsteueraufkommen. Zusätzlich hob der Bund ab 1988 die Ergänzungszuweisungen an finanzschwache Länder, die er aus seinem Umsatzsteueranteil zahlt, von 1,5 v. H. auf 2 v. H. des Umsatzsteueraufkommens an. In den Jahren 1983 bis 1989 erhielten die Länder dadurch insgesamt zusätzliche Finanzmittel von rund 23,2 Mrd. DM; daran partizipierten die Gemeinden mit rund 4,3 Mrd. DM. Außerdem gewährt die Bun-

desregierung strukturschwachen Ländern ab 1989 für die Dauer von zehn Jahren je Jahr insgesamt 2,45 Mrd. DM Finanzhilfen für besonders bedeutsame Investitionen der Länder und Gemeinden.

3 Der Bund hat den Kommunen zusätzliche Mittel für Investitionen zur Verfügung gestellt. Die Mittel für die Städtebauförderung wurden von 220 Mio. DM im Programmjahr 1982 auf je 1 Mrd. DM für die Programmjahre 1986/87 aufgestockt. Für die Jahre 1988 bis 1990 wurde die Städtebauförderung mit jährlich 660 Mio. DM Bundesmitteln auf hohem Niveau verstetigt. Das ERP-Sondervermögen des Bundes hat seine günstigen Kreditangebote für gemeindliche Umweltschutzmaßnahmen ausgeweitet. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau stellt

660 Millionen jährlich für Städtebauförderung

den Kommunen in den Jahren 1988 bis 1990 zinsgünstige Investitionsdarlehen von insgesamt 15 Mrd. DM für Investitionen im Umweltschutz, in der Stadt- und Dorferneuerung sowie bei der Erschließung von Gewerbeflächen bereit. Strukturschwache Kommunen erhalten Sonderkonditionen.

4 Die Investitionsförderung des Bundes nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) und im Rahmen der Gemeinschaftsaufgaben „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ sowie „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ wurde erfolgreich fortgeführt. Für Maßnahmen nach dem GVFG zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden stellte der Bund

für die Jahre 1982 bis 1990 insgesamt rund 23,5 Mrd. DM bereit. Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgaben wurden die kommunale Infrastruktur in den Jahren 1982 bis 1990 mit rund 2 Mrd. DM (davon Bundesanteil 50 v. H.) und die Dorferneuerung ab 1984 bis 1990 mit 462,4 Mio. DM (davon Bundesanteil 60 v. H.) gefördert. Für die Flurbereinigung und wasserwirtschaftliche Maßnahmen im ländlichen Raum stellten Bund und Länder von 1982 bis 1990 insgesamt rund 8,3 Mrd. DM zur Verfügung (davon Bundesanteil 60 v. H.).

5 Die Bundesregierung hat eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um den Anstieg der Sozialhilfeaufwendungen der Kommunen zu bremsen. Im Zuge der Haushaltskonsolidierung wurde der Leistungsrahmen in der Sozialhilfe vorsichtig begrenzt. Die Arbeitslosigkeit als eine der Ursachen für den Anstieg der Sozialhilfeausgaben ist durch vielfältige Maßnahmen nachhaltig bekämpft worden; zu nennen sind insbesondere die Maßnahmen der beruflichen Bildung und Arbeitsbeschaffung, die Gewährung von Rückkehrhilfen an ausländische Arbeitnehmer, die Erweiterung der Möglichkeiten zum Abschluß befristeter Arbeitsverträge und die Einführung von Vorruhestandsleistungen bzw. Leistungen nach dem Altersteilzeitgesetz. Schließlich wurden auch die Bundesleistungen für Arbeitslose, vor allem durch Verlängerung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld für ältere Arbeitnehmer, verbessert. Entlastungen bei der Sozialhilfe haben zudem ab 1986 die erhöhten Wohngeldleistungen sowie der verbesserte Familienlastenausgleich gebracht.

6 Die Bundesregierung hat vielfältige Initiativen zur Rechts- und Verwaltungsvereinfachung ergriffen, die den Handlungs- und Entfaltungsspielraum auch

der Kommunen erweitern sollen. Eine Reihe von Maßnahmen sind bereits verwirklicht. So wurden etwa das städtebauliche Sanierungsverfahren vereinfacht, ständesamtliche Mitteilungspflichten vermindert und auf die regelmäßige Einholung von Führungszeugnissen bei der Erteilung von Führerscheinen verzichtet. Am 1. Juli 1987 ist das Baugesetzbuch in Kraft getreten, das die kommunale Selbstverwaltung und die gemeindliche Planungshoheit gestärkt hat. Daneben werden die Gemeinden mit dem Wohnungsbau-Erleichterungsgesetz, das am 1. Juni 1990 in Kraft getreten ist, in die Lage versetzt, zur Behebung eines dringenden Wohnbedarfs der Bevölkerung schneller Bauland auszuweisen und mit Hilfe der wiederingeführten städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme Gebiete von besonderer örtlicher oder überörtlicher Bedeutung zu entwickeln oder einer neuen Entwicklung zuzuführen.

Entscheidende Besserung der kommunalen Finanzlage seit 1982

Die Finanzlage der Kommunen insgesamt hat sich seit 1982 entscheidend gebessert. Die Erfolge der Politik des Bundes für Städte, Gemeinden und Kreise sind also sichtbar.

- Die Einnahmen sind seit 1982 kontinuierlich gestiegen, wobei insbesondere die Steuereinnahmen deutlich überproportional zunahmen.

- Das Finanzierungsdefizit, das im Jahre 1981 noch 10,1 Mrd. DM betragen hatte, konnte abgebaut werden. Bundespolitische Maßnahmen und eigene Sparbemühungen der Kommunen führten sogar dazu, daß die Kommunen im Jahre 1984 erstmals seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland ein Haushaltsjahr mit

Asylbewerberzahlen im August 1990

Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge hat im Monat August 1990 21 801 Asylbewerber (Vormonat: 18 855) registriert. Hauptherkunftsländer sind:

| | |
|---------------------|-------------------------|
| Rumänien: | 8 502 (Vormonat: 5 750) |
| Libanon: | 1 775 (Vormonat: 2 280) |
| Jugoslawien: | 1 584 (Vormonat: 1 135) |
| Bulgarien: | 1 578 (Vormonat: 733) |
| Türkei: | 1 198 (Vormonat: 1 485) |
| Afghanistan: | 779 (Vormonat: 729) |

Der erneute Anstieg ist vorwiegend auf den starken Zugang aus Rumänien zurückzuführen. Weiter hat sich die Zahl der Asylbewerber aus Bulgarien gegenüber dem Vormonat mehr als verdoppelt.

In den ersten 8 Monaten des Jahres haben insgesamt 119 781 Ausländer Asylantrag in der Bundesrepublik Deutschland gestellt (im Vergleichszeitraum des Vorjahres 76 412).

Auf die Staaten Osteuropas entfielen im August 11 623 Asylbewerber. Das ist ein Anteil von 53,3 Prozent an der Gesamtzahl der Asylbewerber. Im Juli 1990 betrug der Anteil noch 39,4 Prozent.

In den Monaten Januar bis August 1990 hat das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge über die Anträge von 98 752 Personen entschieden. Als asylberechtigt anerkannt wurden 3 331 Personen; das entspricht einer Anerkennungsquote von 3,4 Prozent.

einem Finanzierungsüberschuß — und zwar von 1,1 Mrd. DM — abschlossen. Auch die Jahre 1985 und 1988 schlossen die kommunalen Haushalte insgesamt mit einem positiven Finanzierungssaldo von 0,7 Mrd. DM bzw. 0,3 Mrd. DM ab. Im Jahr 1989 konnten die Gemeinden einen Rekordfinanzierungsüberschuß von rund 2,2 Mrd. DM erzielen.

● Die kommunalen Investitionen sind im Jahre 1985 erstmals seit 1980 wieder gestiegen. Die Steigerungsrate betrug 1985 rd. 5,5 v. H. Der Anstieg hat sich in den Jahren 1986 bis 1989 fortgesetzt (1986 = +8,6 v. H., 1987 = +2,1 v. H., 1988 = +1,1 v. H., 1989 = +8,5 v. H.).

● Die Steuerreform 1990 hat die kommunale Finanzlage nicht gefährdet. Sie führt zwar 1990 zu einer Abflachung der Zuwachsrate bei den Steuereinnahmen.

Gleichwohl werden die kommunalen Steuereinnahmen (ohne die Gemeindesteuern der Stadtstaaten) von 63,7 Mrd. DM im Jahre 1988 auf rund 90,3 Mrd. DM im Jahre 1994 steigen. Dies entspricht einem durchschnittlichen jährlichen Zuwachs von 6,9 v. H.

Kranzniederlegung für Gerhard Schröder

Am 11. September 1990 wäre Dr. Gerhard Schröder 80 Jahre alt geworden. Im Namen des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, hat aus diesem Anlaß der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Peter Hintze, einen Kranz auf dem Friedhof in Keitum niedergelegt.

Preisabschlag auf Arzneimittel

Die Herstellerpreise für apothekenpflichtige Arzneimittel aus westdeutscher Produktion sollen im Gebiet der DDR um 55 Prozent unter dem bisherigen Preisniveau liegen. Das sieht der Einigungsvertrag vor. Gründe für diesen Beschluß:

1 Die schnelle Zulassung von Arzneimitteln aus der Bundesrepublik für das Gebiet der DDR und starke Preissteigerungen der bisher schon in der DDR verkehrsfähigen Arzneimittel führen zu einer Steigerung der Arzneimittelausgaben im Gebiet der DDR von rund 3,5 Mrd. DM (1989) auf 6 Mrd. DM (1991). Diese Ausgabensteigerungen sind bei einem stabilen Beitragssatz nicht aufzufangen und führen unweigerlich zu einem Defizit.

2 Für die Finanzierung der Krankenversicherung in der DDR ist vorgesehen, daß die Ausgaben in diesem Gebiet die Beitragseinnahmen in diesem Gebiet bei einem gesetzlichen Beitragssatz von 12,8 Prozent nicht überschreiten dürfen. Eine Finanzierung durch den Steuerzahler (Staatszuschuß) oder durch die Beitragszahler aus der Bundesrepublik Deutschland wird abgelehnt.

3 Ein stabiler Beitragssatz ist für die wirtschaftliche Entwicklung der DDR notwendig. Kassenbeiträge werden zur Hälfte vom Arbeitgeber aufgebracht und sind Lohnnebenkosten. Die in der DDR dringend notwendigen Investitionen dürfen nicht durch steigende Lohnnebenkosten als Folge drastisch erhöhter Krankenkassenbeiträge gefährdet werden.

4 Abschläge werden solange erforderlich, wie ein Lohn- und Gehaltsgefälle besteht. Die durchschnittlichen Löhne und Gehälter in der DDR liegen zur Zeit bei 41,44 Prozent des westdeutschen

Niveaus. Westdeutsche Preise können nicht mit DDR-Beiträgen zur Krankenversicherung bezahlt werden.

Argumente gegen Einwände der Pharma-Industrie:

1 Die Pharma-Industrie gewinnt mit der DDR einen zusätzlichen Markt von über 15 Mio. Menschen mit steigender Kaufkraft.

Daß ein Abschlag auf Herstellerpreise möglich ist, beweist die Pharma-Industrie in anderen europäischen Ländern.

2 Der Gefahr von Manipulationen kann entgegengesteuert werden. Pharma-Industrie und Großhandel können kontrollieren, daß die Arzneimittel mit Abschlag nur an Verbraucher in der DDR abgegeben werden. Belastungen, die z. B. durch besondere Kennzeichnung und Lagerung entstehen, sind zumutbar.

3 Auch die Pharma-Industrie muß einen Solidarbeitrag zur deutschen Einheit leisten, dessen Höhe sie selbst bestimmen kann. Denn niemand zwingt die Unternehmen, den neuen Markt zu erschließen.

4 Das Argument „Bürger zweiter Klasse“ zieht nicht. Solange das Einkommensniveau weit unter dem der Bundesrepublik Deutschland liegt, sind Abschläge erforderlich. Es muß jedem einleuchten, daß das niedrige Lohnniveau in der DDR zu entsprechend geringeren Einnahmen der Kassen führt. Schon bei der Einführung der Festbeiträge hat die Pharma-Industrie mit dem Argument der „Billigmedizin“ diese Regelung verhindern wollen. Nachdem das nicht gelang, hat sie die Preise für einzelne Arzneimittel zum Teil um 20 bis 30 Prozent gesenkt.

Vereinigungsparteitag der Berliner CDU

„Berlin – jetzt geht's ums Ganze“

Die innere Bewegung war manchem altgedienten christlichen Demokraten anzumerken, als am 8. September 1990 im Kongreßzentrum am Ostberliner Alexanderplatz ein Schlußstrich unter 42 Jahre Parteigeschichte gezogen wurde: Die CDU-Kreisverbände im Ostteil der Stadt traten dem Landesverband Berlin der CDU wieder bei, aus dem sie sich im April 1948 auf Druck der Sowjets zurückgezogen hatten.

Zuvor war damals der Berliner CDU-Landesverband aus der Zonen-CDU ausgeschieden, nachdem seinem Vorsitzenden Walter Schreiber die Teilnahme an den Gesamtvorstandssitzungen von den Sowjets verweigert worden war.

In dem jetzt erfolgten Zusammenschluß sehen die beiden Berliner CDU-Landesverbände mit der Überwindung der Trennung auch das Anknüpfen an gemeinsame Traditionen.

In einer Erklärung beider Parteitage heißt es: „Nach dem Scheitern des Sozialismus und dem Fall der Mauer schickt sich das deutsche Volk in Ost und West an, seine staatliche Einheit wiederherzustellen . . . Vom 8. September 1990 an soll es wieder nur eine CDU in Berlin geben. Wir wollen den Weg in die Zukunft gemeinsam gehen. Wir wollen die Herausforderung zu bewußter Pluralität, Dialog und aktiver Toleranz annehmen.“

Ministerpräsident Lothar de Maizière als Vorsitzender der DDR-CDU, Eberhard Engler als bisheriger Vorsitzender der Ostberliner CDU und Eberhard Diepgen als Vorsitzender jetzt auch der Gesamtberliner CDU nannten den 8. September

übereinstimmend einen glücklichen Tag für die Union. Deren Berliner Landesvorstand wurde um zwei stellvertretende Vorsitzende und vier Beisitzer aus dem Ostteil der Stadt erweitert.

Unter den Beisitzerinnen befindet sich auch Volkskammerpräsidentin Sabine Bergmann-Pohl, die von der Landesvertreterversammlung anschließend an die Spitze der Berliner Landesliste für die Bundestagswahlen gesetzt wurde, gefolgt von Gabriele Wiechatzek, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU im Westteil der Stadt. „Zwei Frauen an der Spitze – das ist Spitze“ äußerte sich anschließend der Berliner CDU-Generalsekretär Klaus Landowsky zufrieden über das Wahlergebnis.

Der Vereinigungsparteitag der Berliner CDU stand im übrigen bereits im Zeichen des bevorstehenden Wahlkampfes. Eberhard Diepgen nannte die bevorstehende staatliche Einheit Deutschlands einen Erfolg der konsequenten Haltung der CDU in der Wiedervereinigungsfrage, während Berlins Regierender Bürgermeister Momper (SPD) sich noch im vorigen Jahr gegen das „Wiedervereinigungsgequatsche“ gewandt und der niedersächsischen Ministerpräsident Schröder (SPD) die Forderung nach deutscher Einheit sogar als „reaktionär und hochgradig gefährlich“ bezeichnet habe.

CDU-Generalsekretär Volker Rühle nannte Momper, der nichts für die Wiedervereinigung getan habe, sich aber heute in ihr sonne, den „Abstauber des Jahres“ und warnte in Anlehnung an Gorbatschow: „Wer Lafontaine wählt, den bestraft die Geschichte.“

Ohne Frauen ist kein Staat zu machen

Frauen gestalten die Zukunft solidarisch

Unter diesem Motto fand am 8./9. September 1990 der Bundesdelegiertentag der Frauen-Union der CDU statt. Über 700 Delegierte und Gäste, davon mehr als 100 Frauen aus der DDR, waren dazu in den Reichstag nach Berlin gekommen. In vier Foren wurden zusammen mit Expertinnen und Experten aus Ost- und Westeuropa Herausforderungen der Zukunft diskutiert.

Der Bundesvorstand hatte den Delegierten drei Leiteträge zur Beratung vorgelegt, die mit großer Mehrheit beschlossen wurden:

- ▶ **Verbesserter Umweltschutz in einem geeinten Deutschland.**
- ▶ **Gewöhnung an den Pflegenotstand — oder humane Lösungen für Deutschland?**
- ▶ **Ja zum Kind durch mehr soziale Hilfen.**

Im Zusammenhang mit der Diskussion zum § 218 sprach sich der Bundesdelegiertentag in seinem Beschluß „Ja zum Kind durch mehr soziale Hilfen“ für einen weitreichenden Katalog von Unterstützungsmaßnahmen aus, z. B. für

- die Ausweitung des Erziehungsgeldes und des Erziehungsurlaubs bis zum dritten Lebensjahr;
- den Ausbau des Familienlastenausgleichs, auch für Alleinerziehende durch höheres Kindergeld, insbesondere für das erste Kind;
- höhere Kinderfreibeträge unter Beachtung der Urteile des Bundesverfassungsgerichts vom 29. Mai 1990 und vom 12. Juli 1990;

- einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab dem 3. Lebensjahr;
- einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung für unter 3jährige zumindest für Alleinerziehende, Familien mit geringem Einkommen und in Ausbildung stehende Frauen.

Die Bundesvorsitzende der Frauen-Union der CDU machte deutlich, daß eine Fristenlösung im geeinten Deutschland aus ethischen Gründen nicht in Frage kommt. Bundeskanzler Helmut Kohl forderte am 9. September 1990 in der öffentlichen Schlußkundgebung des Bundesdelegiertentages den zukünftigen gesamtdeutschen Souverän auf, die zweijährige Übergangsfrist, in der in beiden Teilen Deutschlands eine unterschiedliche Regelung gilt, nicht voll auszuschöpfen, sondern sich bereits 1991 mit der Regelung des § 218 im geeinigten Deutschland zu befassen.

In seiner Rede ging der Parteivorsitzende auch auf den deutschen Einigungsprozeß ein und versprach den Delegierten, daß in der ersten gesamtdeutschen Regierung mehr Frauen Regierungsämter erhalten. Neben dem Bundeskanzler waren auch Lothar de Maizière, der Ministerpräsident der DDR, und der parlamentarische Staatssekretär der DDR, Günther Krause, bei den Frauen der Union zu Gast.

Bei den Vorstandswahlen wurde Prof. Dr. Rita Süßmuth (MdB) mit einer großen Mehrheit von über 90 Prozent für weitere zwei Jahre in ihrem Amt als Bundesvorsitzende der Frauen-Union bestätigt. Zu ihren Stellvertreterinnen wurden gewählt: Leni Fischer (MdB), Doris Pack (MdEP) und Roswitha Verhülsdonk (MdB).

Landesparteitag in Ransbach-Baumbach

Große Mehrheit für Carl-Ludwig Wagner

„Carl-Ludwig Wagner ist Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten bei der Landtagswahl 1991. Die Aufgabe des Regierungschefs soll Ende 1992 auf Hans-Otto Wilhelm übergehen“. So lautet der Beschluß zum personellen Konzept der Rheinland-Pfalz-CDU, mit dem die Partei sich am 8. September beim 39. Landesparteitag in Ransbach-Baumbach für den Landtagswahlkampf 1991 gemacht hat.

Im Vorfeld des Parteitages hatte es Debatten um die richtige personelle und sachliche Ausrichtung gegeben, die mit dem Parteitag ihr Ende gefunden haben. Der Bundesvorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, hatte zeitweise in die Debatte eingegriffen. Beim Landesparteitag konnte er nun die Partei auf den Ministerpräsidenten Carl-Ludwig Wagner und den Landesvorsitzenden Hans-Otto Wilhelm einschwören.

Kohl verpflichtete die Delegierten, sich gegenseitig in die Pflicht zu nehmen. Mit Personaldebatten müsse jetzt Schluß sein. Dies müsse für alle gelten, für Abgeordnete, für Landräte, für Kabinettsmitglieder, auch für frühere.

Kohl sagte der Rheinland-Pfalz-CDU zu, sich im Landtagswahlkampf einzusetzen und im Rahmen seiner Möglichkeiten zu engagieren. Ohne den SPD-Oppositionsführer Rudolf Scharping zu nennen, warnte er vor der unerträglichen Vorstellung, den Typus von Politiker an der Macht in Rheinland-Pfalz zu sehen, der seine Karriere vom Reißbrett aus plane. Der Rheinland-Pfälzer Kohl zur Rheinland-Pfalz-CDU: „Wir sind ein Land der

Freude, der Schmallippige ist nicht unsere Sache!“

In seiner Rede zu den Delegierten des Landesparteitages machte Ministerpräsident Carl-Ludwig Wagner deutlich, warum die CDU die Kompetenz für die Lösung politischer Fragen in Rheinland-Pfalz besitzt. „Von den Problembereichen militärische Entlastung bis zu den Fragen der Kinderbetreuung, wir haben die Nase vorn.“

Hans-Otto Wilhelm, Landesvorsitzender der Rheinland-Pfalz-CDU rief seine Partei dazu auf, in den kommenden Wahlen wie ein Mann hinter Bundeskanzler Helmut Kohl und Ministerpräsident Carl-Ludwig Wagner zu stehen. „Wir werden den demokratischen Sozialismus in Deutschland und in Rheinland-Pfalz verhindern. Ich erwarte, daß wir alle für dieses Ziel kämpfen.“

Murmann: Aufschwung schneller als erwartet

Noch in diesem Jahrzehnt wird im östlichen Teil Deutschlands eine ähnliche Wirtschaftsstruktur entstehen wie in der Bundesrepublik. Diese Ansicht vertrat der Präsident der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) Dieter Murmann. Murmann sagte, der Aufschwung werde schneller kommen „als wir alle heute annehmen“. Zwar könne nicht jeder DDR-Betrieb saniert werden, er halte es aber für möglich, daß die Wirtschaftsstruktur in der ehemaligen DDR eines Tages moderner sei als die in der Bundesrepublik.

**WAS SAGT
DIE **CDU**
ZUM THEMA**

Familie

**WAS SAGT
DIE **CDU**
ZUM THEMA**

Pflege

**Faltblatt für Deutsche im Ausland
über deren Teilnahme
an den Bundestagswahlen**

Das Bundespresseamt hat in großer Auflage ein Faltblatt zur Information über Voraussetzungen und Verfahren der Beteiligung an der Bundestagswahl für die im Ausland lebenden Deutschen herausgegeben.

Die Bundesregierung wird sich darüber hinaus nach Kräften bemühen, darauf hinzuwirken, daß trotz der im Wahlstaatsvertrag vereinbarten Verkürzung der Fristen möglichst viele der im Ausland lebenden wahlberechtigten Deutschen von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen.

Das Flugblatt kann ab sofort in beliebiger Stückzahl beim **Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Referat IV A 1, bestellt werden: Welckerstr. 11, 5300 Bonn 1, Tel. (02 28) 20 80**

**Neue
Faltblätter**

Wir haben die Serie unserer Faltblätter „Was sagt die CDU zum Thema“ vervollständigt. Neu sind die Themen:

- Familie:
Bestell-Nr.: 2290
- Pflege:
Bestell-Nr.: 2300

In der Serie sind bereits erschienen

- Ausländer:
Bestell-Nr.: 2214
- Umwelt:
Bestell-Nr.: 2215

- Renten:
Bestell-Nr.: 2216

- Drogen:
Bestell-Nr.: 2217

- Staatsvertrag mit der DDR:
Bestell-Nr.: 2271

- Landwirtschaft:
Bestell-Nr.: 2295

- Alter:
Bestell-Nr.: 2299

- Gesundheitsreform:
Bestell-Nr.: 2301

- Sicherheit des Bürgers:
Bestell-Nr.: 2302

Mindestabnahme:
50 Exemplare
Preis pro Verpackungseinheit: 15,— DM
inklusive Versand
zuzüglich MwSt.



Feuerzeug, Bestell-Nr.: 9293, Mindestabnahme: 10 Stück, Preis pro Verpackungseinheit: 9,50 DM.



Regenschirm, Bestell-Nr.: 9263, Mindestabnahme: 1 Stück, Preis pro Verpackungseinheit: 9,45 DM.

Sympathie-Werbemittel für den Wahlkampf

Bestellungen an: IS-Versandzentrum
Postfach 1328, 4804 Versmold

Neu aufgelegt: Rommé/Canasta-Spielkarten,
Bestell-Nr.: 9261, Mindestabnahme: 5 Stück,
Preis pro Verpackungseinheit: 22,— DM.



Farbstifte, 6fach sortiert, Bestell-Nr.: 9250, Mindestabnahme: 10 Sets, Preis pro Verpackungseinheit: 15,— DM.

Ratschläge und Adressen für Unternehmer in der DDR

Welche Arten von Unterstützung kann ich bei einer Existenzgründung in Anspruch nehmen? Wie bekomme ich einen Kredit, um meinen Betrieb zu vergrößern? Wer sind Ansprechpartner für Informations- und Schulungsveranstaltungen?

Diese und eine Vielzahl anderer Fragen beantwortet die Broschüre „Wirtschaftliche Hilfen für die DDR“, die das Bundesministerium für Wirtschaft neu herausgegeben hat.

Zu den Themen Kredite, Bürgschaften, steuerliche Strukturangepasstungen sowie außenwirtschaftliche Zusammenarbeit und Außenwirtschaftsförderung enthält der Ratgeber z. B. Adressen von Ansprechpartnern sowie Umfang und Konditionen der Förderung. Ein besonderer Schwerpunkt der Broschüre ist der Bereich Umschulung und Weiterbildung.

Zu beziehen ist die Broschüre beim Bundesministerium für Wirtschaft, Vilemombler Str. 76, 5300 Bonn 1.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Wieder im Angebot: Der CDU-Schal

Mit dem bewährten CDU-Schal sind Sie nicht nur gegen die Kälte bestens gerüstet, sondern Sie machen außerdem damit auf sehr attraktive Weise Werbung für die CDU.

Bestell-Nr.: **9362**
Mindestabnahme: 5 Stück
Preis pro Verpackungseinheit:
47,25 DM.

Der Preis versteht sich zuzüglich Mehrwertsteuer inklusive Versand.

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum, Postfach 13 28, 4804 Versmold



UID

28/90

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93, **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421, **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje, **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50), Abonnementspreis jährlich 48,— DM, Einzelpreis 1,20 DM, **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.